

9. Dezember 1721: Uraufführung der Oper „Il Floridante“ von Georg Friedrich Händel, HWV 14. in London

10. Dezember 1971: Den 53. Nobelpreis für Frieden erhält in Oslo der Bundeskanzler Willy Brandt, weil er „als Chef der westdeutschen Regierung und im Namen des deutschen Volkes die Hand zu einer Versöhnungspolitik zwischen alten Feindländern ausgestreckt“ hatte.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

20. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

06. Dezember 2011

NPD-Verbot und Verfassungsschutz

DIE LINKE hat immer ein Verbot der NPD gefordert und sie tut es erneut, wie das zuletzt auch Gregor Gysi anlässlich des Entschließungsantrags „Mordserie der Neonazi-Bande und die Arbeit der Sicherheitsbehörden“ deutlich gemacht hat.

Seit dem Bekanntwerden des „Zwickauer Trios“ muss der Staat zur Kenntnis nehmen, wovon er solange nichts wissen wollte: dass es auch in der Bundesrepublik Deutschland eine rechtsterroristische Szene gibt. Seither verschließen sich die Regierungsparteien auch nicht mehr der Option, ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD in Gang zu setzen. Gründe für die bisherige Skepsis Nachdem das letzte Verbotverfahren gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert war, haben sich wiederholt Politikerinnen und Politiker von CDU/CSU und FDP gegen ein erneutes Verfahren ausgesprochen. Dabei spielte sicher auch eine Verharmlosungstendenz in der Einschätzung der NPD eine Rolle, die jetzt zu äußern politisch nicht opportun wäre.

Der wichtigere Grund liegt in der Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts. Zwar hat sich das Bundesverfassungsgericht nicht in der Sache selbst, also in der Einschätzung der NPD, gegen ein Verbot dieser Partei ausgesprochen. Es hat allerdings die rechtlichen Hürden für ein Parteienverbot sehr hoch gehängt. Und das ist auch richtig so. Das Verbot einer Partei, so offenkundig faschistisch sie auch sei, gehört zu den letzten Mitteln, die ein Rechtsstaat einsetzen darf. Und deshalb müssen die Hürden für ein Verbot sehr hochgehängt werden.

Wörtlich heißt es dazu:

„Das Gericht kann seine Aufgabe der Gewährleistung eines rechtsstaatlichen Verfahrens nur dann wahrnehmen, wenn auch die zur Antragstellung berechtigten Verfassungsorgane die ihnen zugewiesene Verfahrensverantwortung erkennen und wahrnehmen. Es ist zunächst die Pflicht der Antragsteller, durch sorgfältige Vorbereitung ihrer Anträge die notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung eines Verbotverfahrens zu schaffen. Deshalb müssen die staatlichen Stellen

rechtzeitig vor dem Eingang des Verbotsantrags beim Bundesverfassungsgericht - spätestens mit der öffentlichen Bekanntmachung der Absicht, einen Antrag zu stellen - ihre Quellen in den Vorständen einer politischen Partei „abgeschaltet“ haben; sie dürfen nach diesem Zeitpunkt keine die „Abschaltung“ umgehende „Nachsorge“ betreiben, die mit weiterer Informationsgewinnung verbunden sein kann, und müssen eingeschleuste V-Leute zurückgezogen haben.“ (http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/bs20030318_2_bvb000101.html)

Diese Passage ist eine klare Gebrauchsanweisung: Erstens, „Abschalten“ der V-Leute (also Abbruch des Kontakts); zweitens, Bekanntgabe der Absicht der Eröffnung eines Verbotverfahrens; drittens jetzt erst Nutzung des bis dahin gesammelten Materials. Auf jeden Fall muss die Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass der Staat nach Bekanntgabe der Verbotsabsicht noch durch V-Leute Fakten produzieren lassen darf, die für ein Verbotverfahren wichtig wären.

weiter auf Seite -2-

NPD-Verbot und Verfassungsschutz

Fortsetzung von Seite -1-

Bislang wollten die Sicherheitsbehörden aber an ihrer V-Leute-Praxis festhalten, angeblich, weil sie anders an Informationen nicht herankämen. Im Fall der NPD heißt das: Immunisierung der NPD gegen ein erneutes Verbotverfahren. Dadurch entsteht aber auch ein ungünstiger Effekt, was die Erfolgsaussichten für ein neuerliches Verbotverfahren angeht. Wenn die V-Leute nicht umgehend, sofort, „abgeschaltet“ werden, wird die öffentliche Weiterführung der öffentlichen Verbotsdebatte bereits wieder zur NPD-Munitionierung gegen ein neuerliches Verbotverfahren. Deshalb ist jede Verzögerung beim „Abschalten“ absolut fahrlässig.

Wer und was sind V-Leute?

Im Alltagsbewusstsein gibt es gelegentlich ein Missverständnis. V-Leute sind keine verdeckten Ermittler, also keine Angehörigen irgendeiner Sicherheitsbehörde. V-Leute sind Angehörige krimineller oder politischer Milieus, an deren Überwachung der Staat ein Interesse hat. Diese V-Leute werden für ihre Zuträgerdienste in der Regel bezahlt. Häufig ist das mehr als ein nur kleines Zubrot. So gibt der V-Mann Tino Brandt an, für seine Tätigkeit als V-Mann 200.000 D-Mark erhalten zu haben und diese in die Tätigkeit seiner neonazistischen Szene investiert zu haben. Selbst wenn das nur ein Einzelfall gewesen sein sollte, sagt das nichts Gutes über das V-Leute-System. Es liefert keine brauchbaren Informationen, es verhindert eher ein NPD-Verbot, und es finanziert die rechte Szene mit staatlichen Mitteln. Manchmal sagt auch der Vor-

sitzende der CDU/CSU-Fraktion richtige Dinge: „Ein Instrument, das uns nichts bringt, nützt uns auch nichts.“ (tagesschau.de, 15.11.11) Nur eine Konsequenz hätte er noch präsentieren können: Ein Instrument, das nichts bringt und nichts nützt, kann man getrost abschaffen.

Gibt es Alternativen zum V-Leute-System?

Die Verfassungsschutzbehörden waren bislang nicht in der Lage, ein auch nur annähernd adäquates Lagebild zur rechtsextremen Gefahrenlage zu erstellen. Unklar bleibt, welche Kriterien für das Vorliegen rechtsextremer Gewalttaten die Sicherheitsbehörden anlegen. So reicht es offenbar nicht aus, dass bei einem mehrfachen Mörder eine nationalsozialistische Gesinnung von einem Gericht festgestellt worden ist, um als rechtsextremer Gewalttäter eingestuft zu werden. Journalisten recherchierten eine Anzahl von 140 Todesopfern rechter Gewalt seit 1990, die Amadeu-Antonio-Stiftung gibt sogar über 180 Todesopfer als Recherche-Ergebnis an. Nur die Bundesregierung geht von einer Anzahl von 48 Todesopfern aus. Neben

der offensichtlichen Verharmlosung rechter Gewalt haben die Sicherheitsbehörden die Gefahrenlage beim Islamismus und bei der radikalen Linken extrem aufgebauscht. Wenn wir nach Alternativen zum Verfassungsschutz fragen, so ist auf eine schon bestehende immer hinzuweisen. Es gibt zahlreiche lokale und regionale antifaschistische Initiativen. In diesen zivilgesellschaftlichen Strukturen sind seit Jahrzehnten bereits mehr zuverlässige Informationen über rechte Umtriebe gesammelt worden, als die Verfassungsschutzämter je zustande gebracht haben. Das zeigt, dass es anders geht. Eine institutionelle Alternative zum unbrauchbaren Verfassungsschutz sehen wir in der Einrichtung einer unabhängigen und transparent arbeitenden Beobachtungsstelle, die dem Bundestag regelmäßig berichtet. Eine derartige Beobachtungsstelle kann und sollte auf der Arbeit dieser Gruppen aufbauen. Die Berichte einer solchen Beobachtungsstelle sollen neben einem klar dokumentierbaren Lagebild auch Vorschläge für zivilgesellschaftliche Strategien gegen rechte Gewalt umfassen.

Der Ortverband Halle-Süd
nimmt Abschied von

Genossen
Günter Röthe
* 13. 4. 1930
gest. 18. 11. 2011

Er war langjähriger BO-
Vorsitzender Halle-Süd/
Pestalozzipark.

Die BO
Riebeckplatz/Hofjäger
nimmt Abschied von ihrem

Genossen
Karl-Heinz Breddemann

Er erlag seiner schweren
Krankheit am 17.11.2011 im
Alter von 83 Jahren.
Wir werden sein Andenken
bewahren.

Ich bin gern bei der Fraktion dabei.



Mamad Mohamad

Mamad, seit dieser Wahlperiode arbeitest Du als sachkundiger Einwohner für die Fraktion DIE LINKE. im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss mit.

Kannst Du uns ein paar Sätze zu Deiner Person sagen und auch „verraten“, wie Du zur Fraktion gekommen bist?

Ja, gern. Also ich bin von Beruf Diplom-Sozialpädagoge und arbeite als Trainer für „Eine Welt der Vielfalt“ und Betzavta, seit Dezember 2009 arbeite ich als Bereichsleiter bei der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreise.V. Weiterhin bin ich Sprecher des Landesnetzwerks der Migrantenselbstorganisationen Sachsen-Anhalt und bin Mitglied des Landesintegrationsbeirates Sachsen-Anhalt und des Landeshilfjugendausschusses. Ich habe drei Kinder und komme aus Syrien. Wie ich zur der Fraktion gekommen bin war Zufall. Herr Dr. Mohamed Yousif fragte mich, ob ich Lust habe etwas in der Stadtpolitik mit zu mischen, dieser Bitte bin ich nachgekommen und bin gern bei der Fraktion dabei.

Welche Schwerpunktaufgaben siehst Du für Dich im o. g. Ausschuss, wie kannst Du Dich dort einbringen?

Ich arbeite seit 2003 im Bereich Migration in Sachsen-Anhalt und aus diesen Erfahrungen kann ich vieles in den Ausschuss einbringen. Die Arbeitsschwerpunkte sehe ich in der nächsten Zeit unter anderem wie folgt: die Partizipation von Migranten und Migrantenorganisationen ist für mich eine zentrale Aufgabe, die sich auf verschiedenen Ebenen abspielt. Wie gemeinsames Lernen, Qualifizierungen, institutionalisierte Vermittlung und politische Teilhabe.

Als weitere Schwerpunkte sehe ich die Sensibilisierung und den interkulturellen Dialog.

Wie schätzt Du den gegenwärtigen Stand der Integration von BürgerInnen mit Migrationshintergrund in Halle ein?

Was kann bzw. sollte verbessert werden?

In Halle gibt es seit 2006 das „Bündnis Migrantenselbstorganisationen“. Vereine, Verbände, Initiativen, Organisationen und Gruppen mit Migrationshintergrund können eine große Brückenfunktion in der Verständigung zwischen den unterschiedlichen Kulturgruppen übernehmen. Dieses Bündnis versuchte in den letzten Jahren diese Brückenfunktion zu übernehmen. Trotz installierter und im Arbeitsprozess bestehender Strukturen (wie das Integrationsnetzwerk der Stadt Halle) ergeben sich für die

Mitglieder des Bündnisses erhebliche Problemlagen u.a. in der Entwicklung von Integrationsprojekten mit und ohne Kooperationspartner nach Richtlinien und in der interkulturellen Öffnung zu anderen Kulturgruppen. Ein weiteres Problem sind auch fehlende Begegnungsmöglichkeiten zwischen Kulturgruppen. Ein wichtiger Grund hierfür ist der sehr geringe Anteil an BürgerInnen mit Migrationshintergrund in Halle mit 3,9% und in Sachsen-Anhalt mit 1,9%. Insgesamt ist das Potential von Migrantinnen und Migranten, sich durch Engagement in die Gesellschaft einzubringen und diese aktiv mitzugestalten, noch nicht voll ausgeschöpft. Engagement trägt maßgeblich zu einem interkulturellen Verständigungsprozess bei. Wesentliches Instrument zur Erleichterung des Zugangs zum Engagement ist dabei die interkulturelle Öffnung der Strukturen der verschiedenen Organisationsformen und Etablierung einer Willkommenskultur in der Stadt Halle.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
01.12.2011
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 15.12.2011

Aus der Stadtratssitzung am 23. November 2011

Zu Beginn der Sitzung wurde Küchenunternehmer Gerd Micheel für seine ehrenamtliche Arbeit als Vorsitzender des Fördervereins Pro Handicap sowie für sein vielseitiges soziales Engagement geehrt. Frau Szabados überreichte ihm im Auftrag des Ministerpräsidenten die Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt.

Von der Tagesordnung wurden gleich mehrere Punkte abgesetzt: die Friedhofssatzung einschließlich aller Anträge, das Langfristkonzept Saline-Ensemble, der Baubeschluss zur Sanierung der Rampen der Brücken am Riebeckplatz u.a.m. Sicher werden uns diese Vorlagen wieder auf der Tagesordnung im Dezember begegnen! Vieles ging ohne größere Diskussion zur Abstimmung. So wurden der Jahresabschluss 2010 der ARGE SGBII Halle GmbH, die Entlastung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2010, der Wirtschaftsplan 2012 für die Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale), der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2012 des Eigenbetriebes Zentrales Gebäude Management der Stadt Halle (Saale), die Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen, die Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle und das „Stadtbahnprogramm Halle-25-Vorlagen und Beschlusswesen“ angenommen. Auch die Änderung der Benutzungssatzung für öffentliche Anlagen, Spielplätze und Grünanlagen der Stadt Halle (Saale) wurde geändert. Diese Änderung

machte sich notwendig, weil der Stadtrat in einer der letzten Sitzungen beschlossen hatte, generell ein Rauchverbot auf Spielplätzen einzuführen. Diskussionen gab es hingegen z.B. zur Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale). Hintergrund für Veränderungen an unserer bestehenden Satzung sind Neuerrungen im Bundesnaturschutzgesetz. So ist z.B. neu, dass Bäume, die 50 Zentimeter Stammumfang haben, auf Antrag und mit der Verpflichtung der Ersatzplanung gefällt werden könnten. Bisher galt diese Regelung schon ab 30 Zentimeter.

Ebenfalls fleißig diskutiert wurde zum Tagesordnungspunkt „Haushaltssatzung 2011-Widerspruchsbescheid des Landesverwaltungsamtes vom 4.11.11. hier: Klage“. Dieser Tagesordnungspunkt wurde über eine Dringlichkeitsentscheidung auf die Tagesordnung genommen.

Zum Hintergrund:

Der Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung wurde vom Landesverwaltungsamt nicht genehmigt, die Stadt Halle hatte Widerspruch eingelegt. Damit muss die Verwaltung absolut auf „Sparflamme“ in den Ausgaben gehen, insbesondere freiwillige Aufgaben konnten nicht mehr gefördert werden etc. Das Landesverwaltungsamt hatte den Widerspruch der Stadt Halle (Saale) zurückgewiesen und die Stadt auch entsprechend mit den Kosten des Verfahrens beauftragt. Nun bleibt nur noch der Weg der Klage!! Das haben auch mehrheitlich die Stadträte so gesehen und dem Verfahren der Durchführung einer Klage gegen diesen Bescheid

beim Landesverwaltungsamt einzureichen. Auch unsere Fraktion hat zugestimmt!! Bodo Meerheim sprach für unsere Fraktion dazu, motivierte die Stadträte auch dazu, möglichst einstimmig zuzustimmen. Er verwies auf ein Interview in der MZ mit dem Ministerpräsidenten und in Bezug darauf drückte er die Besorgnis aus, dass bewusst die Stadt Halle (Saale) in den Ruin getrieben wird! Nach den Planungen des Landes Sachsen-Anhalt soll die Stadt Halle in Zukunft noch weniger Finanzzuweisungen bekommen! Deshalb stand auch die Diskussion zur Prüfung eines Verfahrens der Klage gegen diese Zuweisungen in der Diskussion. Dafür fand sich aber (noch) keine Mehrheit.

Der Antrag unserer Fraktion zur Erstellung eines Personalberichtes ist angenommen worden, ebenso auch der Antrag der Fraktion Mitbürger/NEUES FORUM zur Einführung des Gender Budgetings. Wir haben diesem Antrag auch zugestimmt!

Diskussionen gab es zur Einführung einer Kulturförderabgabe, ein Antrag von Tom Walter (Mitbürger) Inhalt des Antrages ist es, dass Touristen, die in Halle übernachten, einen Mehrbetrag errichten, der dann wieder für die Kultur der Stadt eingenommen werden kann. Die meisten Touristen kommen auch, um an den Höhepunkten der Kultur in unserer Stadt teilzunehmen. So haben beispielsweise die Städte Erfurt und Weimar diese Abgabe auch schon eingeführt. Einen ähnlichen Antrag hatte unsere Fraktion vor einiger Zeit auch im Stadtrat gestellt, er wurde damals

aber wegen rechtlicher Bedenken der Stadtverwaltung zurückgezogen! Unsere Fraktion stimmte dem Antrag mehrheitlich zu. Rudenz Schramm hielt mit seinen Argumenten aber dagegen. Er kritisierte die mangelnde Einbeziehung der Hoteliers und vertrat die Ansicht, dass die Touristen und Konferenzteilnehmer in Zukunft mehr die Hotels des Saalekreises aufsuchen würden, wenn der Beschluss durchgehen würde! Der Antrag wurde aber durch den Stadtrat abgelehnt, die Kulturförderabgabe kommt nicht!!

Wir stimmten auch einem Antrag der FDP zu, der die Stadt Halle auffordert, nicht 80%, sondern die volle Summe der beschlossenen Fördermittel an die Freien Träger der Jugendhilfe auszuzahlen! Einige Träger haben inzwischen schon auf die Kürzungen reagiert und Jugendeinrichtungen geschlossen bzw. Öffnungszeiten geändert etc. Der Antrag fand im Stadtrat eine Mehrheit! Die Oberbürgermeisterin verwies auch an dieser Stelle wieder auf die Haushaltslage der Stadt Halle (Saale) und kündigte ihren Widerspruch zu dieser Entscheidung im nächsten Stadtrat an! Auf Anfrage von Hendrik Lange erfuhren wir vom Finanzdezernenten der Stadt, Herrn Geier, dass in der Dezembersitzung des Stadtrates der Haushaltsentwurf für das Jahr 2012 eingebracht werden soll. Er unterstrich sehr deutlich, dass die Verwaltung auch aufzeigen würde, was man sich 2012 noch an freiwilligen Leistungen leisten kann! Es klang nicht optimistisch!!!

Ute Haupt

Zum 10. Todestag von Stefan Heym am 16. Dezember 2001

drucken wir an dieser Stelle noch einmal seine Rede zur Eröffnung des 13. Deutschen Bundestages im November 1994.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle vor vier Jahren eröffnete Willy Brandt den ersten gesamtdeutschen Bundestag. Ich habe zur Vorbereitung der meinen, seine Rede vor kurzem noch einmal gelesen und mit Bedauern festgestellt, daß sich nicht alles von dem was ihm vorschwebte erfüllt hat. Willy Brandt hat uns verlassen. Doch wir stehen, meine ich, immer noch in seiner Pflicht. (Beifall) - Danke Ihnen.

An dieser Stelle stand auch im gefährvollen Jahre 1932 Clara Zetkin und eröffnete den damals neugewählten Reichstag. Wir wissen was aus dem Reichstag wurde, dessen Sitzungsperiode diese hochherzige Frau damals auf den Weg brachte. Zum Reichstagspräsidenten wurde Hermann Göring gewählt und der Kanzler, den jener Reichstag ernannte, hieß Adolf Hitler. Und fast zweihundert der Reichstagsmitglieder gerieten in Gefängnisse und Konzentrationslager. Über die Hälfte davon starben eines gewaltsamen Todes. Und das Reichstagsgebäude in dem wir uns heute befinden brannte.

Ich selber habe den Brand gesehen. Kurz darauf mußte ich Deutschland verlassen und sah es erst in amerikanischer Uniform wieder. Ein Überlebender. Und kehrte Jahre später dann in den östlichen Teil des Landes zurück, in die DDR. Wo ich auch bald in Konflikte geriet mit den Autoritäten. Und wenn einer wie ich, mit dieser Lebensgeschichte sich jetzt von hier

aus an Sie wenden und den dreizehnten Bundestag, den zweiten des wiedervereinten Deutschland eröffnen darf, so bestärkt das meine Hoffnung, das unsere heutige Demokratie doch solider gegründet sein möchte, als es die Weimarer war. Und das diesem Bundestag wie auch jedem künftigen ein Schicksal wie das des letzten Reichstags der Weimarer Republik erspart bleiben wird.

Wir werden keine leichte Zeit haben in den nächsten vier Jahren. Es werden Entwicklungen auf uns zukommen, auf welche die wenigsten von uns, schätze ich, sich bisher eingestellt haben und um die wir uns nicht werden herumschwindeln können.

Wie sagte doch Abraham Lincoln, der große amerikanische Präsident: Ein Teil der Menschen können sie die ganze Zeit zum Narren halten und alle Menschen einen Teil der Zeit aber nicht alle Menschen die ganze Zeit.

Die Krise in welche hinein dieser Bundestag gewählt wurde, ist ja nicht nur eine zyklische, die kommt und geht, sondern eine strukturelle, bleibende und dieses weltweit.

Zwar hat die Mehrheit der davon betroffenen Völker sich von der hemmenden Last des Stalinismus und Poststalinismus befreit. Aber die Krise von der ich sprach, eine Krise nunmehr der gesamten Industriegesellschaft, tritt dadurch nur um so deutlicher in Erscheinung. Wie lange wird der Globus noch, der einzige den wir haben,

sich die Art gefallen lassen wie diese Menschheit ihre tausenderlei Güter produziert und konsumiert? Und wie lange wird die Menschheit die Art gefallen lassen wie diese Güter verteilt werden.

Der dreizehnte Bundestag wird die Probleme, die sich aus diesen zwei Fragen ergeben nicht lösen können. Aber er kann ihre Lösung in Angriff nehmen. Die Herausforderung akzeptieren.

Deutschland und gerade das vereinigte, hat eine Bedeutung in der Welt gewonnen der voll zu entsprechen wir erst noch lernen müssen. Denn es geht nicht darum unser Gewicht vornehmlich zum unmittelbaren eigenen Vorteil in die Waagschale zu werfen, sondern das Überleben künftiger Generationen zu sichern.

Brecht schrieb: Anmut sparet nicht noch Mühe, Leidenschaft nicht noch Verstand, das ein gutes Deutschland blühe wie ein anderes gutes Land. Das die Völker nicht erleichen wie vor einer Räuberin, sondern ihre Hände reichen uns die andern Völker hin und nicht über und nicht unter andern Völkern wollen wir sein, von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein. Und weil wir dies Land verbessern, lieben und beschirmen wirst. Und das liebste mag uns scheinen so wie andern Völkern ihrst.

Arbeits- und Obdachlosigkeit, Pest und Hunger, Krieg und Gewalttat, Naturkatastrophen bisher unbekanntem Ausmaßes begleiten uns täglich. Dagegen sind auch die besten Armeen machtlos. Hier braucht es zivile Lösungen, politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle.

Reden wir nicht nur von der Entschuldung der Ärmsten. Entschuldung wir Sie. Und nicht die Flüchtlinge die zu uns drängen sind unsere Feinde, sondern die die sie in die Flucht treiben.

Toleranz und Achtung gegenüber jedem einzelnen und Widerspruch und Vielfalt der Meinungen sind vonnöten. Eine politische Kultur mit der unser Land, das geeinte, seine besten Traditionen einbringen kann in ein geeintes freies friedliches Europa.

Und benutzen wir die Macht die wir haben, die finanzielle vor allem, weise und mit sensibler Hand. Macht, wie wir wissen, korrumpiert und absolute Macht korrumpiert absolut

Die Menschheit kann nur in Solidarität überleben. Das aber erfordert Solidarität zunächst im eigenem Lande. West - Ost. Oben - Unten. Reich - Arm. Ich habe mich immer gefragt, warum die Euphorie über die deutsche Einheit so schnell verflogen ist. Vielleicht weil ein jeder als erstes Ausschau hielt nach den materiellen Vorteilen, die die Sache ihm bringen würde. Denn einen Märkte, Immobilien, billigere Arbeitskräfte, den andern be-

scheidener - harte Mark und ein grenzenloses Angebot an Gütern und Reisen.

Zuwenig wurde nachgedacht über die Chancen die durch die Vereinigung unterschiedlicher Erfahrungen, positiver wie negativer, sich für das Zusammenleben und die Entwicklung der neuen alten Nation ergeben könnten und wie ich hoffe noch immer ergeben können. Es wird diesem Bundestag obliegen, dafür zu sorgen, das die mit der Einheit zusammenhängenden Fragen nicht länger in erster Linie ins Ressort des Bundesfinanzministers fallen.

Die gewaltlose Revolution vom Herbst 1989 hat den Menschen der alten Bundesländer Möglichkeiten zur neuen Expansion gebracht und denen der Ex-DDR Rechte und Freiheiten, die keiner von Ihnen mehr missen möchte und die, ich betone das ausdrücklich, sie sich selber erkämpften.

Und diejenigen DDR-Bürger die die Waffen zur Erhaltung des ungeliebten Systems besaßen waren zurückhaltend genug auf deren Anwendung zu verzichten. Und dieses sollte, so meine ich, bei ihrer künftigen Beurteilung zumindest mit in Betracht gezogen werden.

Die Vergangenheitsbewältigung von der heute um der Gerechtigkeit willen so viel die Rede ist, sollte eine Sache des ganzen deutschen Volkes sein. Damit nicht neue Ungerechtigkeiten entstehen, aber vergessen wir dabei nicht, daß die Jahrzehnte des kalten Krieges, welche uns die Spaltung Deutschlands mit samt der schrecklichen Mauer und deren Folgen brachten, historisch gesehen, das Resultat des Naziregimes war und des zweiten Weltkriegs, der von diesem ausging.

Die Effizienz des Westens, seine demokratischen Formen und andere Qualitäten des Lebens dort, die zum Nutzen der Ostdeutschen zu übernehmen wären liegen zu Tage. Aber umgekehrt?

Gibt es nicht auch Erfahrungen aus dem Leben der früheren DDR, die für die gemeinsame Zukunft Deutschlands zu übernehmen sich ebenfalls lohnte? Der gesicherte Arbeitsplatz vielleicht, die gesicherte berufliche Laufbahn, das gesicherte Dach überm Kopf. Nicht umsonst protestieren ja zahllose Bürger und Bürgerinnen der Ex-DDR dagegen, das die Errungenschaften und Leistungen ihres Lebens zu gering bewertet und kaum anerkannt oder gar allgemein genutzt werden. Unterschätzen Sie doch bitte nicht ein Menschenleben, indem trotz aller Beschränkungen das Geld nicht das all entscheidende war. Der Arbeitsplatz ein Anrecht von Mann und Frau gleichermaßen. Die Wohnung bezahlbar und das wichtigste Körperteil nicht der Ellenbogen.

Ich weiß sehr wohl das man positives aus Ost und West nur schwer miteinander verquicken kann. Wir haben jedoch solange mit unterschiedlichen Lebensmaximen in unterschiedlichen Systemen gelebt und überlebt, das wir jetzt auch fähig sein sollten mit gegenseitiger Toleranz und gegenseitigem Verständnis unsere unterschiedlichen Gedanken in der Zukunft einander anzunähern.

Das setzt allerdings voraus, das den Menschen ihre Ängste genommen wird. Den Westdeutschen, der Osten könnte sie ihre Ersparnisse und ihre Arbeitsplätze kosten. Den Ostdeutschen, der Westen könnte sie ihre Häuser und Wohnungen und stückchen Landes berauben und ihre Jobs dazu. Ihre Berufsabschlüsse nicht anerkennen und ihre Rentenansprüche aus irgendwelchen Gründen kürzen. Ängste? Wie oft sind es schon traurige Realitäten. Also lassen sie uns solche Realitäten ändern.

Und diese Annäherung im Denken setzt ferner voraus, das die Regierung eines so reichen Landes wie es die jetzt vereinte Bundesrepublik ist, ernsthafte und vor allem wirksame Bemühungen unternimmt Arbeitsplätze zu schaffen. Selbst wenn kein Investor neue Profite aus solchen Bemühungen schlagen kann. Massenarbeitslosigkeit, meine Damen und Herren, das haben ihre Eltern vor Jahren schon durchleben müssen, zerstört die gesamte Gesellschaft und treibt das Land in den Abgrund. Die Menschen erwarten von uns hier das wir Mittel und Wege suchen, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, bezahlbare Wohnungen zu schaffen, der Armut abzuhelfen und im Zusammenhang damit Sicherheit auf den Straßen und Plätzen unserer Städte und in den Schulen unserer Kinder zu garantieren. Und jeder Mann und jeder Frau den Zugang zu Bildung und Kultur zu öffnen.

Das heißt, die Menschen erwarten das wir uns als wichtigstes mit der Herstellung akzeptabler, sozial gerechter Verhältnisse und der Erhaltung unserer Umwelt beschäftigen. Die Vorstellungen in diesem Hause dazu mögen weit auseinander klaffen. Lassen Sie uns ruhig darüber streiten.

Doch in einem werden wir hoffentlich übereinstimmen: Chauvinismus, Rassismus, Antisemitismus und stalinsche Verfahrensweisen sollten für immer aus unserem Lande gebannt sein. (Beifall)

Dieser Bundestag wird derlei nicht völlig verhindern können. Aber er kann dazu beitragen ein Klima zu schaffen, in dem Menschen die solch verfehlten Denkweisen anhängen, der öffentlichen Ächtung verfallen. All dieses jedoch kann nicht die Angelegenheit nur einer Partei oder einer Fraktion sein. Es ist nicht einmal

die Sache eines Parlaments nur, sondern die aller Bürgerinnen und Bürger, West wie Ost.

Und wenn wir von diesem moralischen Verhalten verlangen und Großzügigkeit und Toleranz im Umgang miteinander, dann müssen wir wohl als ihre gewählten Repräsentanten mit gutem Beispiel vorangehen. Und just darum plädiere ich dafür, das die Debatte um die notwendigen Veränderungen in unserer Gesellschaft Sache einer großen, bisher noch nie dagewesenen, Koalition werden muß. Einer Koalition der Vernunft, die eine Koalition der Vernünftigen voraussetzt.

In diesem Sinne eröffne ich den dreizehnten Deutschen Bundestag und wünsche uns allen Glück für unsere gemeinsame Arbeit. (Beifall)

(Anm.: Viele der Bücher von Stefan Heym sind in der Stadtbibliothek Halle entleihbar)

Gutes Fleisch aus der Region

Der Winter naht und die Schafe finden auf der Weide nichts mehr zu fressen, des halb werden, wie in jedem Jahr, auch diesmal beim Regionalverband Halle/Saalkreis des Naturschutzbundes Deutschland einige (NABU) Schafe geschlachtet. Die Schafe stehen in der Vegetationsperiode auf Wiesen in Naturschutzgebieten der Stadt und im nördlichen Saalkreis. Dort arbeiten sie als Naturschutzhelfer, in dem sie den Rasen kurz halten und damit seltenen, lichtliebenden Pflanzen neuen Raum zum Wachsen geben. Das geschieht vor allem auf Porphyrhügeln und anderen Stellen, wo die Technik nicht hin kann und es sich für einen professionellen Schäfer nicht lohnt.

Die Schafe sind schon zwei Jahre alt und der Kochvorgang dauert etwas länger als bei den handelsüblichen neuseeländer Lämmern. Dafür ist der Geschmack ganz hervorragend. Wer einmal etwas genommen hat, verlangt immer wieder welches.

Es ist kein Hammel dabei, denn nur der stinkt.

Für ein halbes Schaf (ca. 20 kg) erbittet der (NABU) eine Spende von 50 €. Leider kann das Fleisch nur als abgegeben werden pro halbes Schaf, da wir keine Gelegenheit haben, das nicht so gefragte Fleisch anderweitig zu verarbeiten. Aber auch Rippen und Bauchlappen geben einen hervorragenden Eintopf und nicht nur mit grünen Bohnen, sondern auch mit Kohl.

Weitere Rezepte finden sich auf der Internetseite des NABU Halle/Saalkreis www.nabu-halle.de. Wer Interesse an diesem guten Fleisch hat meldet sich bitte beim NABU Regionalverband unter der Telefonnummer: 0345 202 16 18 oder im Wahlkreisbüro von Uwe Köck 03 45 2 94 18 63.